Studie

Strom spielt die Hauptrolle

[12.10.2015] Wissenschaftler haben ein Konzept für eine sektorübergreifende Energiewende erarbeitet. Aus erneuerbaren Quellen erzeugter Strom muss demnach auch bei der Wärmeversorgung und im Bereich Verkehr zum wichtigsten Energieträger werden.

Wenn Deutschland seine Klimaschutzziele erreichen will, müssen Wind- und Sonnenenergie die wichtigsten Primärenergiequellen werden. Dies gilt nicht nur im Bereich der Stromversorgung, sondern auch im Wärmemarkt und der Mobilität. Strom würde damit zum Hauptenergieträger. Zu diesem Schluss kommen die Autoren eines Konzepts für eine sektorübergreifende Energiewende, das die Stiftung Umweltenergierecht gemeinsam mit den Fraunhofer-Instituten für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) und Bauphysik (IBP) sowie dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) erarbeitet hat. Norman Gerhardt vom Fraunhofer IWES in Kassel und Fabian Bergk vom ifeu in Heidelberg erläutern die Ergebnisse des nun abgeschlossenen dreijährigen Projekts so: „Wärmepumpen und Power-to-Heat auch in Nah- und Fernwärmenetzen, Elektrofahrzeuge und Oberleitungs-Lkw sind Beispiele für zukünftige Schlüsseltechnologien zur Verschränkung der drei Energiesektoren Strom, Wärme und Verkehr. Das ist volkswirtschaftlich sinnvoll und eröffnet vielfältige Flexibilitätsoptionen, die eine zuverlässige und sichere Energieversorgung gewährleisten.“ Die Forscher weisen darauf hin, dass dafür der geltende Rechtsrahmen erheblich umgestaltet werden müsse. Oliver Antoni von der Stiftung Umweltenergierecht erklärt: „Weil Strom ungleich höher mit Steuern, Abgaben und Umlagen belastet wird, als fossile Brennstoffe, ist dessen Nutzung mittels der klimapolitisch notwendigen neuen Stromverbraucher zur Wärmeversorgung oder zu Mobilitätszwecken oft nicht wirtschaftlich.“ Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Technologien zu ermöglichen, müssten die Kosten zur CO2-Vermeidung auch in Form von höheren Energiesteuern beim Endverbraucher ankommen.

(al)

Kurzfassung der Studie (PDF, 945 KB)

Stichwörter: Politik, Studie